

# LINKS DER NEISSE



Am 13. & 14. November fand in Schkeuditz die 1. Tagung des 16. Landesparteitages statt. Über die Wahl des neuen Landesvorstandes, die Generaldebatte und worum es ansonsten noch so ging erfahrt ihr in dieser Links der Neisse. *Mehr auf Seite 2*



*Mehr auf Seite 5*

## Inhalt:

Landesparteitag	S. 2
Europäische Linke	S. 4
Bundespolitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12

## Konferenz

*Mehr auf Seite 7*

## Wasserstoff: Der Stoff der Zukunft?



Was macht  
Schulle beim StuRa?  
Mehr auf Seite 7

## Investitionen in die Schiene

pro Kopf, 2020, in  
ausgewählten Ländern

Quelle: Politik der Schiene, www.schiene-sachsen.de/multimedia/infografik/infografik-investitionen-in-die-schiene-bis-2020-10-2020



# S OLI DAR ITAET! DIE LINKE.

Schöne Feiertage und einen  
guten Rutsch ins neue Jahr.

## 16. Landesparteitag: Aufbruch und Hoffnung



Der neue Landesvorstand - v.l.n.r.: Anja Eichhorn, Michael Eichhorn, Kathrin Kagelmann, Lars Kleba (Landesgeschäftsführer), Tim Detzner (Stellv. Landesvorsitzender), Andrea Kubank (Landesschatzmeisterin), Adelheid Noack, Susanne Scheidter (Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik), Max Wegener, Björn Reichel, Carla Büttner, Michael Berger (aufgrund Stimmgleichheit und einem Auszählfehler doch nicht im Landesvorstand), Ilse Lauter (Stellv. Landesvorsitzende), Stefan Hartmann (Landesvorsitzender), Susanne Schaper (Landesvorsitzende), Markus Pohle  
Nicht im Bild dabei: Frederick Beck (Jugendpolitischer Sprecher), Jenny Trültzsch und Enrico Stange  
Foto: Chris Colditz via flickr.de (CC BY 2.0)

**Die 1. Tagung des 16. Landesparteitages von DIE LINKE. Sachsen fand am 13. und 14. November im Globana Airport Messe & Conference Center in Schkeuditz statt. Auf dem Programm standen neben der Beratung des Leitantes: „Perspektive 2024 - Sozial gerecht für Sachsen“ sowie der Debatte von weiteren Anträgen, den Digitalpolitischen Leitlinien und der Richtlinie für einen antisexistischen Konsens, auch die Wahl eines neuen Landesvorstands.**

Eines der wichtigsten Themen des Parteitages war natürlich die Frage nach Lehren aus den Wahlergebnissen. Einigkeit bei vielen Redebeiträgen herrschte vor allem dabei, dass die unklaren Positionen bei den Fragen wie Zuwanderung, Klimaschutz oder auch Außenpolitik Ursachen für das Ergebnis gewesen sind. Des Weiteren analysierte Luise Neuhaus-Wartenberg (MdL): „Die Wähler und auch Teile der Partei wissen nicht mehr, wofür wir stehen.“ - dabei forderte sie auch, dass wir uns weiterentwickeln - denn, wenn das Land sich verändert, müssen wir auch uns weiter entwickeln und Politik wieder erlebbarer machen.

Unter anderem unsere Bautzener Bundestagsabgeordnete, Caren Lay, forderte, dass dabei auch ein „permanentes Schlechtreden der eigenen Partei durch hoch bezahlte Mitglieder der Bundestagsfraktion“ kritisch betrachtet werden muss. Dem stimmte der Leipziger Landtagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer zu und verwies auf das Rezept, das die ehemals zerstrittene SPD zum Wahlsieg geführt hatte: „Schnauze halten und entschlossen nach vorn.“

Katja Kipping äußerte sich in ihrem Redebeitrag klar zu den Vorwürfen, dass DIE LINKE Soziales und Arbeiter:innen aufgegeben hätte - sie widersprach dieser Behauptung scharf und bezog sich auf die vielen Arbeitskämpfe, die DIE LINKE in den letzten Jahren aktiv unterstützt hat und die Anträge, Anfragen und Forderungen, die in die Parlamente getragen wurden.

In einer emotionalen Rede meldete sich auch Franz Sodan zu Wort und forderte auf, dass wir als Partei geschlossen auftreten und klarer aufzeigen müssten, wie wir uns von anderen Parteien unterscheiden. DIE LINKE müsse deutlicher machen, dass das Thema Gerechtigkeit von der Partei nie vergessen wurde, sondern wir auch weiterhin ganz klar für Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen. Auch aus unserem Landkreis meldeten sich Genoss:innen zu Wort - der ausführliche Beitrag von unserer stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Kathrin Kagelmann, findet sich auf Seite 6 der Links der Neiße.

Neben der ausführlichen Debatte zum Leitantrag und zur Bundestagswahl ging es auch um die Neuwahl des Landesvorstandes. Die bisherigen Vorsitzenden Susanne Schaper (71,9%) und Stefan Hartmann (76,5%) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Da die bisherigen Stellvertreter:innen nicht wieder kandidiert hatten, setzte sich Tim Detzner (53,2%) aus Chemnitz gegen Silvio Lang (42,2%) aus dem Landkreis Bautzen durch. Ilse Lauter trat mit einem starken Ergebnis von 90,8% in die großen Fußstapfen von Kathrin Kagelmann, die nur noch als Mitglied im Landesvorstand kandidierte. Auch bei der Wahl um den Posten des/der Landesgeschäftsführer:in gab es zwei gute Bewerber:innen - Janina Pfau (bisherige Landesgeschäftsführerin) und Lars Kleba und dabei überzeugte Lars Kleba (57,8%) die Mehrheit der Delegierten. Mit 87,9% der Delegiertenstimmen wurde Andrea Kubank (aus Bautzen) wieder zur Landeschatzmeisterin gewählt. Weiterhin wurden Frederic Beck als jugendpolitischer Sprecher und Susanne Scheidereiter als neue Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik gewählt.

Neben der Landesvorstandswahl wurden auch die Vertreter:innen im Bundesausschuss neu gewählt. Cornelia Ernst (84,2%), Lisa Umlauf (82,3%) und Natalie Prautsch (70,9%) kandidierten ohne weitere Bewerber:innen auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung und wurden gewählt. Auf der gemischten Liste gab es 5 Bewerber - gewählt wurden dort aus unserem Kreisverband Mathias Fröck (63,1%), Thomas Koutzky (51,6%) und Fabian Blunck (48,4%).

Darüber hinaus beschloss der Parteitag Digitalpolitische Leitlinien. In dem Papier spricht sich DIE LINKE unter anderem für einen gemeinnützigen Netzausbau aus. Dort, wo Unternehmen keine Profite einfahren könnten, würde es sonst auch in zehn Jahren kein schnelles Internet geben. Software, die aus Steuermitteln finanziert wird, soll nach den Vorschlägen der Partei danach nicht kommerzialisiert werden dürfen. Eine zukunftsfähige Digitalisierung müsse zudem klar auf Umwelt- und Ressourcenschutz setzen. DIE LINKE möchte daher modulare Bauweisen, recyclingfähige und reparierbare Hardware sowie universelle Schnittstellen & Standards stärken.

Neben der Behandlung diverser Anträge formulierte der Parteitag klar „Hände weg von unserer Bahn“ und stellt sich ganz klar gegen die Pläne der Ampelkoalition, wesentliche Teile der Deutschen Bahn weiter zu privatisieren und den Staatskonzern zu zerschlagen. Schließlich geht es neben der Mobilitätswende auch um bis zu 14.000 Beschäftigte, die allein in Sachsen auf dem Spiel stehen und durch eine weitere Privatisierung Lohneinbußen oder Entlassungen befürchten müssen. Öffentliche Mobilität gehört aus linker Sicht in öffentliche Hand und muss von dieser auch bedarfsgerecht gesteuert werden. Deshalb ruft der Landesparteitag alle Mitglieder der Partei auf, sich solidarisch mit den Bahnmitarbeiter:innen und auch für künftige Streiks Verständnis zu zeigen. Nicht die Beschäftigten, die für ihre Rechte kämpfen sind das Problem, sondern die verantwortungslose Regierungspolitik der künftigen Bundesregierung.

Ferner erwarteten die Delegierten zwei Reden. Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, ging in seiner Rede auch auf die aktuelle bundespolitische Situation ein: „Wenn die neue Regierung das umsetzt, was sich jetzt andeutet, dann kann man das auf die folgende Formel bringen: Zaghafte gesellschaftliche Modernisierung, aber knallharter Kapitalismus mit grünem Lack. Es wird keine notwendige Umverteilung geben, keinen wirklichen Kampf gegen Armut. Es wird nicht mehr Gerechtigkeit in diesem Land geben. Da ist bisher vor allem deutlich die Handschrift der FDP erkennbar.“

Amira Mohamed Ali, Vorsitzende der Bundestagsfraktion, knüpfte in ihrer Rede an diese Analyse an. Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise sprach sie sich für finanzielle Entlastungen aus. Diese seien von der Ampel leider kaum zu erwarten. „Es ist eine Kernkompetenz der SPD, Menschen zu enttäuschen. Auch deshalb werden wir uns als soziale Opposition stark machen und es nicht durchgehen lassen, dass die Ampel Menschen im Stich lässt.“

Am Sonntag beschlossen die Delegierten außerdem einen Dringlichkeitsantrag, in dem die Warnstreiks von Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder und deren Forderungen unterstützt werden.

Mein Fazit: Ob wir auf jedem Parteitag einen Leitantrag benötigen - darüber lässt sich streiten. Aber auf jeden Fall sehe ich aus diesem Parteitag ein klares Zeichen des Aufbruchs. Es liegt vor uns viel Arbeit und wir werden viel Kraft daraufsetzen müssen, aber nach dem Parteitag sehe ich da ein ganz klares Zeichen der Hoffnung. Wenn wir das mitnehmen und es uns auf allen Ebenen gelingt, endlich wieder gemeinsam konstruktiv und solidarisch die Welt gestalten, dann können wir unseren Traum einer besseren Welt auch real umsetzen.

# Menschenrechte gelten für alle Menschen!

## Fachanhörung zum EU-Migrationspaket mit Cornelia Ernst



Unsere sächsische Europaabgeordnete Cornelia Ernst bei der Fachanhörung | Foto: Heike Krahl

Vorhaben der Europäischen Kommission und Wirklichkeit klaffen auseinander. Der erste Satz zum Paket lautet:

Die Europäische Kommission schlägt ein neues Migrations- und Asylpaket vor, das alle Elemente enthält, die für ein umfassendes europäisches Migrationskonzept erforderlich sind. In dem Paket werden verbesserte und schnellere Verfahren im gesamten Asyl- und Migrationssystem festgelegt. Außerdem wird damit ein Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten und der Solidarität geschaffen. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten und in die Fähigkeit der Europäischen Union, die Migration zu steuern.

Andere nennen den Pakt ein Verfahren zur Flüchtlingsabwehr, zur Entrechtung der Hilfesuchenden, ein Verfahren, keine Menschen aufnehmen zu müssen. Deshalb lud die Europaabgeordnete Cornelia Ernst Experten verschiedenster nationaler und lokaler Ebenen der Migrations- und Asylarbeit zu einer Beratung zum „New Pact on Migration and Asylum“ ein, der zur neuen Grundlage einer gemeinsamen europäischen Migrations- und Asylpolitik werden soll. Dazu gehören unter anderem Aufnahmebedingungen, Grenzverfahren und

der Umgang mit besonders schutzbedürftigen Menschen. Vor dem Abschluss der Verhandlungen im Europäischen Parlament sollten noch einmal verschiedene Perspektiven auf den Entwurf der Kommission zu Wort kommen und diskutiert werden.

Conny erwähnte in der Eröffnungsrede die Menschenrechtsverletzungen von Frontex und dass diese untersucht werden müssen.

Die Europäische Flüchtlingspolitik ist gescheitert und beschränkt sich auf Abwehr und Inhaftierung zur Abschreckung.

Dabei muss das Recht auf Asyl gestärkt und die unmenschliche Politik beendet werden. Der Pakt muss gekippt werden

Zum Thema Grenzverfahren & Verteilungsmechanismus waren Karl Kopp (Pro Asyl), Eike Wiesner (EKD Brüssel), Natasha Dailiani (Legal Centre Lesbos) und Michel Brandt (MdB) eingeladen. Sie berichteten über die Bedingungen an den EU- Außengrenzen, wo Kindeswohl missachtet wird, wo Screening rassistisch durchgeführt wird, die Art des Screening eine Vorsortierung ohne Beistand bedeutet, eine Gefahr für das individuelle Recht auf Asyl ist und es keine rechtlichen Möglichkeiten gegen diese Praxis gibt. Das Verfahren tritt die Rechte mit Füßen, denn es sorgt für lange Haftverfahren, Einschränkungen der Bewegung was besonders bei den miserablen Essen zur Katastrophe wird.

Clara Büniger bestätigte dies als Volljuristin und Menschenrechtsverteidigerin und bestätigte, dass viele Gutachten, die Praxis von Menschenrechtsverletzungen belegen. Sie selbst war vor Ort und prangerte die massenhafte Inhaftierung der Asylsuchenden an.

Im PANEL 2 ging es um ganz konkrete Änderungen an Gesetzesvorschlägen, die aus landes- und kommunalpolitischer Sicht notwendig sind. Es ging es um Aufnahme und Asylverfahren in der Praxis in der Expert\*innen wie Juliane Nagel (MdL), Elke Breitenbach (Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales), Jörg Eichler (Sächsischer Flüchtlingsrat), Prof. Dr. Gerhard Trabert (Arzt, Sozialarbeiter und Aktivist) zu Wort kamen.

Das Prinzip des Ersteinreisestaates mit dem Dublin Verfahren hat versagt und besonders Deutschland nutzt dieses Instrument, um Geflüchtete nicht aufnehmen zu müssen. In das neue Paket muss das Konzept der Solidarität verankert werden.

Die Aufnahmebedingungen müssen verbessert werden, der Zugang zu Bildung und zu Ärzten. Die Gewalt an den Grenzen und in Lagern muss beendet werden.

Im PANEL 3 wurden Perspektiven besonders schutzbedürftiger Personen durch Expert\*innen: Hope Barker (Border Violence Monitoring Network) Biljana Ginova (ERA -LGBTI Equal Rights Association for the Western Balkans and Turkey), Chris Nash/ Nina Murray (European Network on Statelessness Women in Exile e.V.) beleuchtet.

Die Frage, wer fällt durch welches Raster, wie erfolgt Opfer- und Gewaltschutz, wie können sich traumatisierte Geflüchtete beim BamF artikulieren, wie kann Schutz vor Pushbacks erfolgen wurden angesprochen. Ebenso das Problem, dass Staatenlose in ihren Rechten gestärkt werden müssen.

Ein unabhängiges Bordermonitoring muss möglich gemacht werden, um Untersuchungen einleiten zu können, Solidarität statt Menschenverachtung muss das Ziel sein, kein Verschärfen von Dublin, keine Pushbacks und keine weiteren Toten an den EU- Außengrenzen und in den Wäldern in denen sich Geflüchtete aufhalten.

Zum Schluss kamen Andrea Kubank und Heike Krahl zu Wort, um aus ihrer Sicht und die zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort zu nennen und die Erfahrungen mit den Geflüchteten und deren Verhältnisse einzubringen.

Als Fazit für mich nach den Berichten der Teilnehmer\*innen kann es nur ein Ablehnen des jetzigen Paktes geben. Ich wünsche Conny im EU Parlament viel Kraft, Änderungen zu erwirken.

## Regierung blockiert Verbesserungen für Clubs und missachtet Bundestagsbeschluss



Caren Lay, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

**„Die Bundesregierung weigert sich beharrlich, die Anerkennung von Clubs als Kultureinrichtungen umzusetzen. Der vom Parlamentarischen Clubforum herbeigeführte und im Bundestag von allen demokratischen Fraktionen breit getragene Beschluss, Clubs als Kultur anzuerkennen, harrt der Umsetzung durch das Bauministerium. Das ist unverständlich und unerhört. Wenn Clubs nicht endlich baurechtlich mit anderen Kulturstätten gleichgestellt werden, wird das Clubsterben weitergehen. Das darf nicht passieren. Ich erwarte die Umsetzung noch in dieser Legislatur, sonst waren**

**eineinhalb Jahre Arbeit des Clubforums für die Katz“, so Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende und baupolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, die im vergangenen Jahr das Parlamentarische Forum Clubkultur mit Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen initiierte.**

Lay weiter: „Die Schmeicheleien der Großen Koalition in Richtung der populären Clubkulturszene bleiben bisher nur Lippenbekenntnisse. Weder die Anerkennung von Clubs als Kultur, noch die Einführung einer Experimentierklausel Lärmschutz wurden trotz eines von den demokratischen Fraktionen breit getragenen Beschlusses bislang von der Regierung umgesetzt. So geht es nicht. Die Beschlüsse des Parlaments müssen schleunigst umgesetzt werden. Für die durch die Pandemie besonders gebeutelte Clubszene geht wichtige Zeit verloren. Auf meine Frage hin, antwortet die Bundesregierung, es seien Arbeitsgruppen gebildet und die Ergebnisse abzuwarten. Offenbar werden die Clubs nur bis zur Wahl hingehalten und im Regen stehen gelassen.

Clubs sind Kultur. Als Livespielstätten mit kuratiertem kulturellem Programm dürfen sie nicht länger als reine Vergnügungstätten in der Baunutzungsverordnung behandelt werden. Denn das gefährdet angesichts des massiven Verwertungsdrucks die Existenz der

bestehenden und die Ansiedlung neuer Clubs. Der weitere Bestandteil des Bundestagsbeschlusses, nämlich die lang diskutierte Experimentierklausel Lärmschutz endlich einzuführen, könnte neue Lösungsmöglichkeiten bei sog. Lärmkonflikten eröffnen. Auch hierbei ist eine zufriedenstellende Umsetzung nicht in Sicht.

Um das Clubsterben wirklich zu stoppen, bedarf es allerdings mehr: Als LINKE fordern wir auch ein soziales Gewerbemietrecht, das Clubs vor explodierenden Mieten und Verdrängung schützen würde. Außerdem wollen wir Kulturschutzgebiete einführen. Bestehende Kultureinrichtungen, neben Clubs z. B. auch Kleinkunsthäuser und Theater, die ebenfalls unter Verdrängungsdruck stehen, würden so einen Bestandsschutz erhalten.“

Pressemitteilung Caren Lay



## Beitrag des Kreisverbandes für ein humanes Europa

Die Situation an der Grenze Polen/Belarus hat bereits mehrere Todesopfer gefordert. Menschen in Not werden zum Spielball internationaler Interessen und das Recht auf einen Asylantrag wird verwehrt. In dieser Situation stand die schnelle praktische Hilfe für die betroffenen Menschen für uns im Vordergrund. So haben sich Menschen aus unserem Kreisverband, dem Landesverband Brandenburg und Sachsen und Akteure aus der Zivilgesellschaft zusammengesetzt um praktisch zu handeln. Entlang der polnisch-deutschen Grenze fand an sechs Grenzübergängen in Sachsen und

Brandenburg zeitgleich eine Kundgebung statt, bei der Geld- und Sachspenden gesammelt wurden. Diese wurden am 16.11. an den „Wir packens an e.V.“ übergeben. Diese Veranstaltung hat uns allen gezeigt, dass praktische Solidarität überregional lebbar ist. In Görlitz kamen über 60 Personen zusammen und auch in kleineren Orten wie Bad Muskau, Ostritz und Zittau kam eine beachtliche Zahl an Menschen zu der Aktion. Besondere Erfolge sind nicht nur die zusammengekommenen Spenden, sondern auch die verschiedenen Personengruppen, die unserem Aufruf folgten: Junge und

Alte, Familien und Alleinstehende, Parteimitglieder, aber auch Menschen ohne oder mit anderem Parteibuch. Genau diese Art der praktischen Arbeit hilft den Menschen, für die man die Aktion macht, aber auch unserer Partei, um in der Öffentlichkeit positiv in Erscheinung zu treten.

Lukas Kotzybik



## Debattenbeitrag zum Landesparteitag - Grüner als die Grünen? Programmatische Selbstverständigung



Kathrin Kagelmann auf letzten Landesparteitag  
Foto: Chris Colditz via flickr.de (CC BY 2.0)

Ich bin Mitglied in einer Partei geworden und in der Linken geblieben, weil ich eine bestimmte Vorstellung von Gesellschaft und Welt habe und mit Gleichgesinnten versuchen will, Mehrheiten für dieses Gesellschaftsbild zu gewinnen.

11 Jahre später wurde ich Mitglied von Adele. Dabei hatte ich noch 1989 keinerlei Sympathien für die kirchlich forcierten Öko-Proteste gegen die Abbaggerung weiterer Dörfer um Boxberg, die quasi die Wende-Erweckung im damaligen Landkreis Niesky waren. Aber 1996 stand ich zum ersten Mal am Rande des Tagebaus Nochten und schaute schockiert in den gigantischen Krater. Mein persönliches Erweckungserlebnis...

Das nennt man Entwicklung. Man bekommt eine neue Sicht auf Dinge, weil

man konkrete Erfahrungen macht. Nun diskutieren Genoss\*innen, dass es unser, also auch mein Bemühen um ein stärkeres ökologisches Profil wären, das diese Partei von ihren sozialen Urthemen entfremdet hat, ohne klassisches grünes Klientel binden zu können und deshalb stelle diese ökologische Besinnung eine Ursache für unser Wahldebakel dar.

Diese These finde ich falsch! Ich bin nicht Adele beigetreten, weil ich grüne Wähler\*innen abholen will, sondern weil ich der Überzeugung bin, dass eine Partei, die sich aus strategischen oder sonstigen Gründen weigert, Antworten auf die zentrale Überlebensfrage der Menschheit zu geben, schlicht „aus der Zeit gefallen“ wäre.

Und ich finde die These gefährlich, denn die ökologischen Probleme sind schon Heute die großen sozialen Spaltpilze von Gesellschaft.

Arme leben schlechter und kürzer – und tragen trotz ihres allgemein unterstellten Billigfleischkonsums deutlich weniger zum Pro-Kopf-Ausstoß an Klimagasen bei. Im übrigen tragen sie auch weniger bei als etwa der gewerkschaftlich engagierte Autobauer oder der überdurchschnittlich entlohnte Leag-Mitarbeiter mit Haus am Stadtrand und zwei Urlaubsreisen pro Jahr, was auch

auf eine politische Vertretungslücke verweist zwischen Gewerkschaftsinteressen und Armutsbekämpfung. Diese Lücke zu schließen, ist Aufgabe der Linken!

Richtig aber ist: Autobauer und Armer haben unterschiedliche Sorgen und Ängste und wählen häufig unterschiedlich. Der Arme wählt selten links, häufig gar nicht mehr. Und da liegt unser Problem: E-Autos, Inlandsflüge oder Bio-Labeling berühren nicht das Leben der ökonomisch Abgehängten. Was sie berührt ist dagegen, wenn z.B. in der Schlange vor der Tafel auf einmal auch Geflüchtete auftauchen, die sie deshalb als Bedrohung wahrnehmen, weil dadurch ihr Beutel einfach weniger gefüllt werden kann. Einfache Mengenlehre und nicht Ideologie. Oder die Angst vor Preissteigerungen durch höhere Öko-Standards haben, weil sie schon jetzt nicht über 1 Monat kommen. Solche Ängste sind real, denn Arme können nicht ausweichen.

Angst aber ist ein Gefühl, dem man schlecht mit Zahlen beikommt, überhaupt nicht mit Rassismus-Vorwürfen und offensichtlich auch nicht mit linkem Moralismus. Wir müssen also unsere Ansprache – nicht zwingend unsere Inhalte – verändern. Ehrlich: Ich hab dafür noch keinen Masterplan. Fakt ist für mich nur: Mit der Verdrängung von schwierigen Themen geht es überhaupt nicht.

Kathrin Kagelmann

## In eigener Sache & für die Links der Neiße

Wo gehobelt wird fallen Späne... das könnte man so sagen... doch gerade in Bezug auf die letzte Links der Neiße gibt es Dinge - die nicht passieren dürfen... vor allem nicht, wenn bei der selben Links der Neiße 2 große Fehler passieren.

In der letzten Links gab es einen Artikel zum Wahlausgang von Kathrin Kagelmann unter dem Titel: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass?! Vom Mythos eines gesellschaftlichen Linksrucks“. So hätte der Artikel lauten sollen - aber beim Setzen der Überschrift ist ein Fehler unterlaufen. Das tut mir auf-

richtig leid.

Der zweite - nicht unwesentliche Fehler war das deutlich spätere Erscheinen. Anders als geplant lag die Oktoberausgabe bei euch viel zu spät vor. Teilverantwortlich dafür, war aber nicht die Redaktion, sondern Probleme bei der Druckerei, die dazu geführt haben, dass die Zeitung viel zu spät in Görlitz und am Ende in allen Ortsverbänden angekommen ist. Auch dafür muss ich mich persönlich entschuldigen, da mir die Probleme beim Druck zu spät auffielen. Aber - es gibt noch einen 3. Punkt, über den ich in eigener Sache für die Links

der Neiße schreiben muss.

Liebe Genoss:innen - als ich die Links der Neiße zum Anfang des Jahres übernommen habe, habe ich gehofft, dass sich noch weitere engagierte Schreiber:innen & Redakteur:innen finden. Diese Hoffnung hat sich im vergangenen Jahr nicht bestätigt. Es tut mir Leid - aber wenn das so weiter geht, dann wird es bald aufgrund von zu wenig Mitarbeitenden keine LdN mehr geben können. Also - wenn ihr möchtet, dass die auch in Zukunft existiert - macht mit und **meldet euch!**  
**linksderneisse@linksmail.de**

## Besuch beim StuRa der Hochschule Zittau Görlitz

Wer sich mit dem Direktor der Hochschule Zittau-Görlitz trifft, der muss sich auch mit der Studierendenschaft treffen. Deshalb habe ich mich am 05. November mit dem Studierendenrat (StuRa) der Hochschule zusammengesetzt und ein offenes Ohr für die Probleme und Wünsche der Studierenden gehabt. Dabei ist eines klar deutlich geworden: wir als Linke können hier vor Ort einiges tun, um die Situation von Studierenden zu verändern und zu verbessern. Wir haben uns über die Möglichkeit der Studierendenbeförderung unterhalten, hier wurde klar, dass unsere Forderungen nach einem bezahlbaren und zuverlässigen ÖPNV für das Zusammenspiel der städteübergreifenden Hochschule viel vereinfachen könnten. Dies könnte auch helfen um das empfundene Ungleichgewicht zwischen Görlitz und Zittau auszumergen, denn der StuRa hat das Gefühl,

dass Zittau dominanter in der Außenscheinung ist als Görlitz.

Auch wurde klar, dass Studierende mehr Unterstützung bei der Kommunikation mit der Stadt und Projekten benötigen, um auch langfristig in der Region zu bleiben. Hier wurde der Wunsch nach mehr Fördermöglichkeiten durch die Stadt deutlich. Ich habe eine\*n feste\*n Ansprechpartner\*in bei der Stadtverwaltung vorgeschlagen. Auch wurde klar, dass die Inhalte der Studiengänge der Hochschule nicht bei den Arbeitgebern transparent gemacht werden. Dadurch entstehen auch Unsicherheiten bei der späteren Berufswahl für Studierende. Es wäre zudem ein guter Ansatzpunkt mehr Fördermöglichkeiten für Menschen mit einem Abschluss der Hochschule Zittau-Görlitz zu schaffen, damit die Ansiedlung der Absolventen in der Region unterstützt wird. Hier wurde

auch der Wunsch nach gezielten Berufsberatungsangeboten deutlich, um auch Menschen mit Hochschulabschluss sinnvoll auf ihr Berufsleben vorbereiten zu können.

Eines der größten Probleme der Hochschule sei es zudem, dass es viel zu wenige Räume gibt um Beteiligung der Studierenden an der Hochschule „attraktiv und effektiv“ zu gestalten. Auch die aktuellen Doppelbelegungen vieler Bürostrukturen an der Hochschule machen Partizipation schwierig.

Alles in allem, war es ein sehr aufschlussreiches Gespräch und ich habe mir viele der ehrlichen und offenen Worte mitgenommen. Wir werden sehen wie die Zusammenarbeit in Zukunft gestaltet werden kann, aber ich werde auch in Zukunft mit den Studierenden vor Ort Seite an Seite stehen.

*Hanni Stiller*

## LINKE Wasserstoff-Konferenz: nicht Wasserstoff ist die neue Kohle, sondern Wind und Sonne sind es.

Die dritte Konferenz der LAG Ökologie ADELE beschäftigte sich mit dem aktuellen Wasserstoff-Hype. Dazu tagten wir am 6. November 2021 in Weißwasser – im Herzen des vom Kohleausstieg betroffenen Lausitzer Reviers. Mit Gästen aus Wirtschaft, Umwelt und Politik diskutierten wir darüber, welche Rolle Wasserstofftechnologien beim Strukturwandel in der Lausitz spielen können.

In einer Live-Zuschaltung von den UN-Klimaverhandlungen in Glasgow betonte die LINKE Europaabgeordnete Cornelia Ernst, dass Klimaschutz immer auch eine soziale Frage ist! Die Diskussionen um einen früheren Kohleausstieg seien zwar richtig, aber man dürfe nicht vergessen, welche Folgen dies für die Lausitz und den Strukturwandel haben kann.

Dass die Antwort darauf nicht einfach Wasserstoff heißen könne, stellte Frida Kieninger von der Brüsseler Nichtregierungsorganisation „Food & Water Action Europe“. Wasserstoff sei nur eine Scheinlösung: Der Großteil des heute – chemisch und industriell – genutzten Wasserstoffs wird aus Erdgas hergestellt. „Grüner Wasserstoff“ aus erneuerbaren Energien ist noch sehr selten und mit großem Energieaufwand ver-

bunden. Kieninger sieht die Gefahr, dass wir den notwendigen Ausstieg aus fossilem Erdgas verschleppen und uns weiter abhängig machen von Energieimporten. Deshalb fordert sie, grünen Wasserstoff nur dort einzusetzen, wo es wirklich keine andere Alternative gibt.

Das sieht auch der LINKE Landtagsabgeordnete Marco Böhme so. Statt auf Wasserstoffautos und -straßenbahnen zu setzen, sollte die wesentlich effizientere Elektrifizierung vorangetrieben werden. Möchte die Lausitz Energieregion bleiben, muss sie Erneuerbare Energien massiv ausbauen, denn diese produzieren Strom, Wasserstoff kann ihn nur speichern.

Andreas Poldrack von der Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien e.V. (VEE) beklagte, dass Sachsen im Bundesländervergleich Schlusslicht ist bei der Produktion von Wind- und Sonnenenergie. 2021 wurden sogar mehr Windenergieanlagen abgebaut als neue hinzukamen.

Mario Lehmann vom Lausitzer Wasserstoffnetzwerk »durch2atmen« betonte hingegen die Potentiale für die Region. Es seien bereits zwei größere Referenzkraftwerke in der Lausitz geplant, die die Herstellung, Speicherung und Wei-

terverarbeitung von grünem Wasserstoff erproben. Bei all den Problemen, die noch bestehen, appelliert er daran, nicht erst zu warten, bis eine Komplettlösung gefunden wird, sondern Dinge auch mal auszuprobieren. Alles andere würde Stillstand und das Verpassen von Chancen und Innovationen bedeuten.

Barbara Metz von der Deutschen Umwelthilfe mahnte hingegen, dass der Wasserstoff-Hype das Wasserproblem in der Lausitz noch weiter verstärken können. Immerhin braucht es 9 Liter Wasser, um 1 Kilogramm Wasserstoff herzustellen.

Torsten Pötzsch, Oberbürgermeister von Weißwasser, setzt einige Hoffnungen auf den Wasserstoff: statt 15 Jahre darauf zu warten, dass neue Oberleitungen an Zugstrecken gebaut werden, können Wasserstoffzüge schnell die Abkehr von alten Dieselloks bedeuten. Auch die Glasindustrie vor Ort soll durch Wasserstoff klimaneutral produzieren können. Die verschiedenen Referent:innen konnten einen komplexen Einblick in das Thema Wasserstoff geben und sorgten auch in den Pausen für angeregte Diskussionen. Unsere LAG wird das Thema weiter verfolgen.

*Elisabeth Henning & Toni Mertsching*

## LINKE steht weiter für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Welt – Kreisverband wählt neuen Kreisvorstand



v.l.n.r.: Hanni Stiller, Heike Krahl, Willi Ott, Kathrin Kagelmann, Antonia Mertsching, Mathias Fröck, Mirko Schultze, Jana Lübeck, Marko Schmidt. Es fehlt im Bild: Sebastian Schwalbe

Die LINKE im Kreis Görlitz hat am Samstag, dem 09.10.2021, in der Blumenhalle Löbau ihren Kreisparteitag durchgeführt. Im Mittelpunkt des Parteitags stand die kritische Auswertung der Bundestagswahlen im September 2021. Eingeladen hatte sich der Kreisverband dazu den Vorsitzenden der Landespartei, Stefan Hartmann, der zugleich Mitglied des Bundesvorstands ist. Außerdem wurden ein neuer Kreisvorstand sowie Delegierte zu Landes- und Bundesparteitagen gewählt.

Stefan Hartmann dankte zunächst allen

Genossinnen und Genossen des Kreisverbands, die trotz eines engagierten Wahlkampfs vor Ort mit einem insgesamt schlechten Ergebnis für die LINKE zur Bundestagswahl umgehen müssen. Es brauche jetzt auf allen Ebenen eine gründliche Analyse über die Ursachen für die gemeinsame Niederlage, um als Partei wieder zu einer unüberhörbaren gesellschaftsverändernden Kraft zu werden. Dieses Land braucht eine starke LINKE. Stefan Hartmann führte aus:

„Die Linke steht für die Interessen der Vielen – also für soziale Gerechtigkeit

und eine friedliche Welt. Darauf ist Verlass.“

An der sachlich-konstruktiven Debatte zum Wahlausgang beteiligten sich auch junge Menschen, die erst seit kurzer Zeit Mitglied der LINKEN sind. Dazu erklärt die neu gewählte Kreisvorsitzende Antonia Mertsching: „Die vielen Neueintritte in diesem Jahr und auch nach der Bundestagswahl stimmen mich hoffnungsvoll, dass wir uns wieder aufrappeln können. Wir werden weiterhin mit Herz und Humor Politik machen – denn die Lage ist ernst und die gesellschaftlichen Herausforderungen groß: bessere Löhne, ein gutes Gesundheitssystem, Strukturwandel, Klimapolitik, Jugendarbeit, ÖPNV– für all das werden wir uns im Kreis weiter stark machen.“

Bei der Wahl der Kreisparteiführung wurde der bisherige Vorstand mit klaren Ergebnissen bestätigt: Antonia Mertsching steht erneut als Kreisvorsitzende vor und wird bei ihrer Arbeit von den Stellvertreter/innen Kathrin Kagelmann und Sebastian Schwalbe unterstützt. Die Kreisgeschäftsführung bleibt bei Marko Schmidt, Kreisschatzmeisterin bleibt Johanna-Marie Stiller. Als jugendpolitischer Sprecher wurde Willi Ott erstmals in den Kreisvorstand gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Heike Krahl, Jana Lübeck, Mirko Schultze und Mathias Fröck.

Pressemitteilung Kreisvorstand

## Pflegekräfte haben mehr verdient - DIE LINKE an der Seite der Beschäftigten im Krankenhaus Weißwasser

Auf das Blockieren eines neuen Tarifvertrages für das Weißwasseraner Klinik-Personal durch den Aufsichtsrat reagiert DIE LINKE im Kreistag Görlitz mit Unverständnis. „Wir stehen klar an der Seite der Beschäftigten und werden auch einen kommenden Streik aktiv unterstützen“, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Görlitz Mirko Schultze.

Arbeit in der Pflege ist wichtig, sie ist schwer, die Beschäftigten sind hoch

qualifiziert. Immer weniger Beschäftigte schaffen es, diese in Vollzeit auszuüben. Respektlose Löhne und Teilzeit – diese Kombination macht Pflegekräften finanziell zu schaffen und erschwert ihnen die Möglichkeit, eine auskömmliche Rente im Alter anzusparen. Pflege ist mehr wert und muss besser bezahlt werden. Das hilft auch gegen den Personalmangel.

An die Adresse des Gesellschafters, letztendlich den Landkreis Görlitz, die

deutliche Botschaft: Ein Krankenhaus dient der Daseinsvorsorge. Kosten auf den Rücken der Beschäftigten dafür zu reduzieren ist schäbig und hat mit respektvollem Umgang nichts zu tun.

Pressemitteilung der Kreistagsfraktion



## Ein paar Gedanken zum Jahresabschluss



Hanni Stiller auf einem Landesparteitag

Hallo alle miteinander, Das Jahr geht zu Ende und wir können zumindest finanziell gesehen, stolz auf uns sein. Ich habe es auf dem Kreisparteitag schon einmal gesagt und nutze diese Zeilen um es noch einmal zu sagen: Danke für euren Spenden und die

Unterstützung!

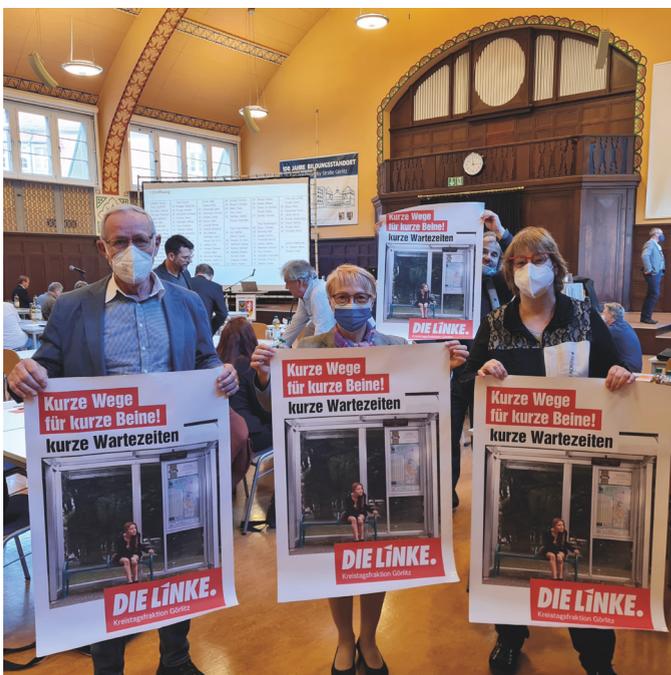
Wir gehen aus diesem Jahr mit einem Plus und können mit der Planung für das nächste Jahr mit einem Plus rechnen. Das freut mich natürlich sehr. Nichtsdestotrotz müssen wir unseren Sparplan weiterfahren. Die Landespartei hat sich auf dem Parteitag noch nicht zu einem Beschluss für die Novellierung der Finanzen durchringen können und das Problem bis zum nächsten Halbjahr vertagt. Für uns bedeutet dies, dass wir immer noch unseres eigenen Glückes Schmied sind. Wir haben große Kapazitäten, wenn es darum geht unsere Ausgaben nach außen zu richten, den Großteil unserer Gelder geben wir nach wie vor für interne Mitgliedsarbeit aus. Hier müssen wir alle noch enger zusammenrücken! Auf kurz oder lang müssen diese Ausgaben optimiert werden. Eher auf kurz. Wir müssen den Spagat zwischen

den Ausgaben für die Mitgliederarbeit und die Ausgaben für die „Ehrungen“ schaffen. Auch im nächsten Jahr haben wir geplant ca. 1.000,00€ für Geburtstage auszugeben. Das sind 1.000,00€ die uns im Wahlkampf fehlen, das sind z.B. anderthalb Monatsmieten für die Geschäftsstelle in Zittau...

Doch jetzt genug über die Geburtstage ich habe noch eine letzte Bitte: seid so gut und überprüft noch einmal genau, ob ihr eure Mitgliedsbeiträge und Spenden eher überweist, als dass ihr sie bar einzahl. Der Aufwand Bar Spenden einzubuchen ist bedeutend höher, als Spenden per Banküberweisungen zu buchen. Ich wünsche euch allen eine besinnliche Weihnachtszeit, auf dass wir alle auch die Adventszeit nutzen können um bei uns selbst anzukommen.

Hanni Stiller

## Elterninitiative zeigt Erfolg - Beteiligung und klare Kommunikation hätte viele Probleme vermieden



Unsere Kreistagsfraktion positioniert sich im Kreistag wieder einmal sehr klar für einen guten ÖPNV - und gerade auch kurze Wartezeiten für kurze Beine.und unterstützte die Elterninitiative.

Zur Verschiebung der Einführung der neuen Schulbuslinien im nördlichen Landkreis erklärt die Kreistagsfraktion DIE LINKE.: Wir freuen uns, dass die Wünsche der Eltern Gehör gefunden haben und die Probleme bei der Um-

stellung des Schüler\*innentransportes im nördlichen Landkreis nun erst geklärt werden und dann die Umstellung erfolgt. Dass dies nicht durch Einsicht, sondern erst durch die faktische Nichteinführbarkeit wegen Genehmigungsverfahren passiert und bis zur letzten Minute der Landrat an der Einführung festhalten wollte, ist ein bitterer Beigeschmack ändert aber nichts daran, dass der Erfolg der Elterninitiativen zeigt, dass Beteiligung und die Suche nach Lösungen mit den direkt Betroffenen, immer besser ist. Es sollte nicht immer erst zu unabwendbaren Konflikten kommen bevor das hohe Ross der „wir machen alles richtig Politik“ des Landkreises verlassen wird.

Wie schon bei den Entscheidungen zur Jugendhilfe zeigt sich auch hier, die Brechstange ist das schlechteste Verwaltungsinstrument.

Wir bleiben weiterhin bei der Grundforderung: Schüler\*innenbeförderung muss sich nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler richten und ÖPNV nach den Erfordernissen einer sinnvollen und notwendigen Anbindung des ländlichen Raumes für die dort lebenden Menschen unabhängig von Schul- oder Ferienzeiten. Insoweit bleibt die LINKE Kreistagsfraktion dabei, wir begrüßen die Einführung des Taktbusystems und freuen uns über die Verbesserung im Streckennetz des ÖPNV. Eine allgemeine Verbesserung des Liniennetzes darf aber nicht zur Verschlechterung für zahlreiche Schülerinnen und Schüler führen. Wir unterstützen auch jede Initiative, welche die Qualität der Haltepunkte verbessert und erwarten vom Landkreis, dass er eine Steuerungsfunktion übernimmt und von den Kommunen, dass sie in die Haltepunkte als Teil der wichtigen Infrastruktur investieren. Dann haben Schülerinnen und Schüler sowie Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV gemeinsam etwas davon.

Pressemitteilung der Kreistagsfraktion

## Görlitz: Doppeltes Versagen von Bürgermeister Wieler

Doppeltes Versagen von Bürgermeister Wieler schlägt Kerben in die Kulturstadt Görlitz Gestern war, für den Kulturstandort Görlitz ein schwerer Tag im doppelten Sinne und in beiden Fällen ist der zuständige Bürgermeister Michael Wieler der Verursacher. Zum einem veröffentlichte die Sächsische Zeitung, dass der etablierte und aus der kulturellen Szene von Görlitz nicht wegzudenkende Club Nostromo, einer Räumungsklage entgegenzusehen muss. Zum anderen hatte Herr Wieler mit seinen unabgestimmten Äußerungen zu seiner „Seifenblase“ Bevölkerungsschutzzentrum, auf dem ehemaligen Schlachthofgelände, nicht nur den Stein gegen das Nostromo ins Rollen gebracht, sondern er hat zusätzlich immer vorgetäuscht, eine Lösung zum Erhalt zu haben. Seine taktischen Fehler hat er hierbei nicht eingesehen. Dies war offensichtlich eine typische Hinhalte- und Verschleierungstaktik wielienscher Prägung.

Im zweiten Fall veröffentlichte die Künst-

lerin Lisa Maria Bayer, dass sie 9000 Euro an die Stadt Görlitz zurückzahlen soll weil das Kunstwerk Kulisse, nicht wie es sich Herr Wieler gewünscht hatte, umgesetzt wurde und der Vertrag somit aufgelöst wurde. Klar ist, die Künstlerin hat geliefert nur entsprach es nicht dem Geschmack von Herrn Wieler und trotz Flexibilität bei Material oder Ort seitens der Künstlerin zeigte Herr Wieler keine „Toleranz“ und setzte seinen Willen durch. Bundesweite mediale Berichterstattung (Taz; Monopol) und Proteste sowie der Kampf der Künstlerin um die Kunstfreiheit blieben erfolglos und wurden verwaltungstechnisch abgeschmettert. Jetzt kann Herr Wieler nicht aufhören zu siegen und fordert Gelder zurück, obwohl die Leistung erbracht wurde, wenn auch nicht nach seinem Geschmack.

Beide Vorgänge zeigen, die Kulturverwaltung der Stadt Görlitz ist monopolisiert und hängt vom Gefallen oder Nichtgefallen eines Bürgermeisters ab.

Die demokratischen Gremien wurden in den letzten Jahren langsam aber nachhaltig ausgeblendet. Mittels Kommunalhaushaltsbewirtschaftungstricks werden Gelder für Gefallenprojekte locker gemacht. Der Kulturservice –eine Idee von Herrn Wieler um das Kulturamt aus der Verwaltung zu bekommen, um Löhne zu drücken und Mitbestimmung gewählter Gremien auszublenden- scheint alles zu können und zu dürfen. Im selben Moment muss die freie Szene, die Clubszene, Projekte wie GörlitzArt und einzelne Künstler\*innen und Galerieprojekte ums Überleben kämpfen und werden dabei eher geknebelt als entfaltet.

Wir brauchen in Görlitz eine Neuordnung der Kultur- und Mittelverwaltung und eine Kulturleitlinie, die nicht aus dem Blickwinkel und Erfahrungshorizont sowie Wunschdenken eines einzelnen Bürgermeisters stammt. Görlitz als Kulturstadt braucht einen neuen Aufbruch, einen kulturellen Neuanfang.

*Pressemitteilung der Görlitzer Stadtratsfraktion*

## Krauschwitz: Pflanzen für die Zukunft



*Baumpflanzaktion in Krauschwitz*

Pflanzen produzieren den für uns lebenswichtigen Sauerstoff und reinigen die Luft, sie bieten unzählig vielen Lebewesen ein Zuhause, beugen Bodenerosion vor und halten dort das Wasser – und schließlich tragen sie auf vielfältige Art zu unserer Gesundheit bei. Wälder zu mehr und Flächen zu begrünen, hat also sehr sehr viele positive Effekte. Deshalb habe ich mich dazu entschieden, einmal im Jahr meinen Sachkostenbeitrag für das Pflanzen von Bäu-

men und Sträuchern auszugeben. Circa 4.200 € bekommen Abgeordnete des Sächsischen Landtags aus unserer Region monatlich für ihre politische Arbeit zur Verfügung gestellt – steuerfrei! Damit finanzieren sie ihre Büros, Materialien, Veranstaltungen und was sie sonst noch wichtig finden.

Letztes Jahr haben wir davon einen Bienenwald in Weißwasser gepflanzt. In diesem Jahr konnten wir am Bomke-Schacht beim Angelverein anfangen.

Vermittelt durch unsere LINKE Gemeinderätin Heike Krahl ließ sich schnell ein Einverständnis mit dem Bürgermeister Tristan Mühl und der Kontakt zur zuständigen Verwaltungsmitarbeiterin Frau Gallasch herstellen. Schnell war die Fläche und Kontaktpersonen ausgemacht. Knut Olbrich vom Angelverein, der sich schon lange um die in Gemeindehand befindlichen Flächen kümmert, hat dann mit der Unteren Naturschutzbehörde und der Baumschule Dubrau den Pflanzplan koordiniert.

Nach diesen organisatorischen Schritten konnte es direkt losgehen: am 7. November 2021 trafen wir uns morgens um 10 Uhr am Bomke-Schacht. Innerhalb von 2,5 Stunden waren über 100 Pflanzen am Hang eingepflanzt: Hundsröse, wilde Rose und Ebenstrauch-Rose, Schwarzdorn Schlehe, Pfaffenhütchen, gemeiner Schneeball, Roter Hartriegel und 3 gemeiner Apfel. Sie alle sollen nun den Hang stabilisieren, den Insekten ein neues Zuhause bieten und der Naherholung ein Augenschmankerl bieten.

*Antonia Mertsching*

## „Mehr Bewegung wagen“ - Eine Nachlese zur Oberbürgermeisterwahl in Niesky

Man hätte mehr Euphorie erwartet. Am Wahlabend des 7. November bleibt es merkwürdig verhalten in der „Ansprechbar“ des CDU-Ortsverbandes, der Schaltzentrale eines aufreibenden Kampfes um die Rathauspitze in Niesky. Hier hat sich eine politisch bunte Schar von Unterstützer\*innen eingefunden, die in den letzten Wochen alles Trennende zurückzustellen vermochte. Für ein Ziel: Kathrin Uhlemann zur Oberbürgermeisterin zu küren. Jetzt sind alle müde, aber es hat sich gelohnt: Uhlemann kommt knapp vor der Amtsinhaberin ins Ziel und verfehlt nur um 5 % die absolute Mehrheit. Der Kandidat der AfD aus Tettha bei Löbau landet mit etwas über 12 % abgeschlagen auf dem dritten Platz.

Dabei war schon die Kandidatenaufstellung verwirrend. Wegen fehlender Kommunikation mit der örtlichen CDU lehnte die überraschend eine nochmalige Nominierung der parteilosen Amtsinhaberin ab und wählte stattdessen die ebenfalls parteilich ungebundene Neu-Koselerin Uhlemann als Kandidatin. Die hatte lange gewartet, ob sich das bekannte SPD-Gesicht Kosoubek erneut um das Amt bewirbt. Gegen den Kreischef der SPD wollte sie nicht antreten. Als der kurz vor Toresschluss verzichtet, bleibt keine Zeit mehr, um als unabhängige Kandidatin die erforderlichen Unterschriften einzuholen, auch wenn das strategisch von Vorteil gewesen wäre. Die Orts-CDU reicht Uhlemann als Wahlvorschlag ein. Amtsinhaberin Beate

Hoffmann wird so zur „unabhängigen“ Einzelkandidatin. Dennoch: Die unkonventionelle Art von Kathrin Uhlemann, Menschen aus anderen demokratischen Parteien, aus Vereinen oder Unternehmen für eine Unterstützung aktiv anzusprechen, formt ein für Sachsen immer noch untypisches Wahlkampfbandnis aus Vertretern der SPD, Linken, Freien Wählern und Christdemokraten. Die Kreis-CDU, für die die Amtsinhaberin im Kreistag sitzt, hält sich demonstrativ bedeckt und offizielle Funktionsträger verweigern jede Positionierung.

Die vierundvierzigjährige Kathrin Uhlemann wohnte bisher in Görlitz, bevor sie im September nach Kosel zog. Sie arbeitet als Projektmanagerin der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung in Weißwasser. Kathrin Uhlemann bringt internationale Erfahrung mit von beruflichen Auslandsaufenthalten und weiß, wie man auch als finanzschwache Kommune mit zivilgesellschaftlich entwickelten, innovativen Projekten verschiedenste Fördertöpfe anzapfen kann. Deshalb verwundert nicht, dass sich Uhlemann von Anfang an auch in der von Stadtrat Andreas Kagelmann initiierten „Bürgerinitiative Holzbau“ engagiert. In den letzten sechs Wochen haben die Kandidatin und Unterstützer\*innen einen kräftezehrenden Wahlmarathon absolviert. Es gibt kaum professionelle Hilfe, von der Veranstaltung bis zur Werbung ist alles handgemacht. Viele Tage beginnen für Kathrin Uhlemann bereits um sieben Uhr mit Gesprächen

vor Bäckerläden und enden nach neun am Glühweinstand. Dazwischen klappt sie Unternehmen und Vereine ab oder schreibt mit der „Bürgerinitiative Holzbau“ bereits an einem konkreten Projektantrag für die Stadt. Es ist eine aberwitzige Aufholjagd, die die frisch Zugezogene bewältigt und die Kraft der zweifachen Mutter nötigt allen, die ihr begegnen, Respekt ab. Gleichzeitig setzt sie auf Teamarbeit: Die Stadträte sind für sie die erste Adresse, wenn es darum geht, Verbündete für neue Ideen zu finden. Leiten bedeutet für sie kommunizieren, ermöglichen, einbinden. Das ist ihr stärkstes Pfund gegenüber einer Amtsinhaberin, die mehr verwaltet und den Stadtrat offensichtlich nur als störendes Übel betrachtet.

Kathrin Uhlemann hat sich Niesky sehr bewusst ausgesucht. Diese Stadt, sagt sie, hat Potenzial für Größeres, ist aber klein genug, um Bürgernähe durchzuhalten. Ende November wird sich zeigen, ob Niesky „Mehr Bewegung wagt“, wie es der Wahlslogan von Uhlemann verheißt, oder weiter im Zustand einer sauberen, aber schrumpfenden Schlafstadt verharrt. Egal, wie es ausgeht. Die Stadträte der demokratischen Fraktionen haben sich schon jetzt emanzipiert und parteiübergreifend auf künftige Ziele verständigt. Das dreht keine Wahl mehr zurück. Fast möchte man der Noch-Amtsinhaberin einen Rücktritt nahelegen...

*Kathrin Kagelmann*

## Gedenken aus Anlass des 83. Jahrestages der Reichspogromnacht

Am 9. November 2021 nahmen Mitglieder der LINKEN in Löbau am Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht am Jüdischen Gedenkstein am Amtsgericht Löbau teil.

Nur wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren dem Aufruf des Stadtrates und des amtierenden OB gefolgt.

Holm Belger, Amtsleiter Finanzen der Stadt Löbau, betonte in seiner kurzen Rede, dass dieser Tag ein Tag des Erinnerns ist. Wir dürfen die furchtbaren Taten nicht vergessen, um die Verbunden-

heit mit denen auszudrücken, die durch die Hölle gegangen sind und mit jenen, die um ihre Angehörigen und Freunde bis heute trauern. Trotz vielfältiger Aktivitäten des Gedenkens und Erinnerns verstummen auch im Jahr 2021 Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht, obwohl doch jedem klar sein sollte: So etwas wie vor 83 Jahren darf sich niemals wiederholen. Das war der Tiefpunkt der Zivilisation.

Wir sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber wir sind



verantwortlich für das, was in der Gegenwart geschieht. Es ist wichtig und notwendig, sich einzusetzen, für eine Gesellschaft ohne Hass und Gewalt.

## Der lange Atem der Bäume



Peter Wohlleben

256 Seiten

Ludwig Buchverlag - ISBN 978-3453280946

Preis: 22 Euro

Eines der erhellendsten und wahrscheinlich auch radikalsten Bücher aus dem Bereich Umweltschutz, die ich seit Langem las. Die für mich verblüffendste Aufforderung lieber mal nichts; wirklich NICHTS zu tun.

Peter Wohlleben erklärt in seinem Buch, untermauert mit vielen leicht zu lesenden wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, die beeindruckenden Zusammenhänge von Selbstregenerationsfähigkeiten von Bäumen. Dies funktioniert dank Lernen innerhalb von Baumgenerationen von einheimischen Bäumen & Wäldern, sowie das Zusammenspiel von Wäldern auf lokale Ökosysteme, deren Möglichkeit sich an Klimaänderungen anzupassen, sogar lokales Klima deutlich zu beeinflussen

und noch unerforschten Gemeinschaften mit Kleinstlebewesen, den sogenannten „Holobionten“. Zudem wirft er einen sehr kritischen Blick auf die Forstwirtschaft mit ihren Baumplantagen mit ihren Nadelwaldmonokulturen, die dadurch, dass sie häufig in kommunaler Hand liegt, selbstredend eine große Lobby in Berlin für oder besser gesagt gegen revolutionäre neue Gesetze nutzt. Man könnte auch von einem Selbsterhaltungstrieb oder einem konservativen Blick der vermeintlichen Expert\*innen sprechen. Nicht desto trotz dient der Verkauf von Holz heute trotz Preisverfall, der immer häufiger nicht mehr die Kosten trägt, den Kommunen als eine der wenigen Einnahmelmöglichkeiten und somit als Gestaltungsspielraum in kommunalen Haushalten. Kein Wunder, dass Kommunen sich diesen Wirtschaftszweig erhalten wollen.

Aus diesem Grund und vor allem wegen der klimaförderlichen Auswirkungen schlägt Wohlleben eine vom Bund ausgezahlte Pauschale für nicht gerodete/geerntete Bäume je Hektar und Jahr als Ausgleich für Waldbäuer\*innen als Ergänzung zur CO2 Steuer vor. Jeder nicht gefällte Baum speichert nachhaltiger als jedes mit zusätzlichem Energieaufwand künstlich hergestellte CO2 Lager, das wie ein Damoklesschwert über uns schwebende Gas.

Zudem weist er sehr dezent darauf hin, dass wir mit der Umstellung von fossilen Brennstoffen einen anderen möglichen Brennstoffersatz gerade als klimaneutral einführen oder labeln, der es in dem zu erwartenden Umfang an Energiehunger auch im Mix gar nicht sein kann. Hierzu stellt er nicht nur steile Thesen in den Raum, sondern unterlegt sie mit klaren mathematischen Berechnungen. Man sollte sich also noch einmal deut-

lich überlegen, wie die eigene Nutzung der Ressource Holz, sei es bei Papier, Brennstoff oder Baustoff und Möbeln o.ä. aussieht und wie man nicht Teil eines neuen Raubbaus oder in Anlehnung an Vattenfall, einer „Landschaftsgestaltungsmaßnahme“ werden muss.

Ein wenig schade im Buch bleibt, dass Alternativen nur vage und als Silberstreif mit der sogenannten nachhaltigen Waldwirtschaft angedeutet werden. Sicher, die eigene Konsumbeschränkung muss Grundpfeiler nachhaltigen Handelns sein! Doch was kann eine gesamtgesellschaftliche Alternative sein? Wie können wir zukünftig tatsächlich einigermaßen umweltverträglich, gerade auch in dezentralen ländlichen Bebauungen, heizen oder ist das sanierte EFH klimaschädlicher als der städtische Wohnblock? Wird Holz, heute als nachhaltiger Baustoff angepriesen, morgen ebenfalls klimaschädlich sein? Und wenn ja, wie wollen wir zukünftig nachhaltig bauen? Kann ich noch guten Gewissens Vollholzmöbel kaufen und mich über Jahre daran erfreuen? Außerdem setzt Wohlleben Holz fast gar nicht in Zusammenhang mit Solar, Wasserstoff o.ä. klimafreundlicheren Möglichkeiten als Ressourcenmix ein.

Ich fühle mich nach der Lektüre auf jeden Fall eingeladen nicht nur mit dem Autor, sondern auch mit anderen Menschen über eine tatsächlich nachhaltige Waldwirtschaft zu diskutieren und noch mehr darüber zu erfahren, warum reines Aufforsten nicht Allheilmittel für unsere Wälder ist und ob wir tatsächlich noch die Zeit haben werden, mit in den Schoß gelegten Händen dem Wald bei der Regeneration zuschauen zu können.

Katrin Cordts

### Impressum:

**Herausgeber:** DIE LINKE, Kreisvorstand Görlitz

**Redaktion:** Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl

Bitte alle Beiträge an:

**linksderneisse@linksmail.de**

**Satz & Druck:** Moving Fuchs Agentur

**Auflage:** 500 Stück

**Redaktionsschluss:** 14.01.2122

**Erscheinungsdatum:** 01.02.22

Der Redaktion bleiben sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.

**Spendenempfehlung: 1,50€**

Unser Spendenkonto ist:

DIE LINKE, Görlitz

Volksbank Löbau Zittau

**IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**